

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	7
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	-
		GZ:	
Sitzungstermin:	19.01.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Kapp (AfU)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / th		
Betreff:	Bundes-Klimaanpassungsgesetz; Stand und Auswirkungen für die LHS - mündlicher Bericht -		

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 6 werden gemeinsam aufgerufen. Die Aussprache ist nachfolgend wiedergegeben.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Zunächst berichtet Herr Kapp zum neuen Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG) anhand der Präsentation.

Im Anschluss daran erläutert er die Ergebnisse des BMBF-Forschungsprojekts ReglKlim unter Verwendung einer Präsentation, die der Niederschrifts-Nr. 8 als Datei- anhang hinterlegt ist.

Und schließlich berichtet er noch über die IR-Thermografie anhand einer Präsentation, die der Niederschrifts-Nr. 9 als Dateianhang hinterlegt ist.

BM Pätzold merkt an, als vor 20 Jahren mit der Planung des NeckarParks begonnen worden sei, habe sich die Verwaltung viel Kritik bezüglich der großen Parkfläche und der Fassadenbegrünung anhören müssen. Mittlerweile sei vieles davon Standard. Dies zeige, dass die Stadtplanung sehr frühzeitig sehr weit vorgehen müsse, da die Umsetzung sehr viel Zeit in Anspruch nehme.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für die Berichte.

Im NeckarPark habe man ziemlich vieles richtiggemacht, erklärt StR Roth (90/GRÜNE), nur der Marga-von-Etzdorf-Platz sei zu wenig begrünt. Die Berichte zeigten, wie ernst das Thema Hitze in der Stadt in Zukunft werde. Seine Fraktion werde auch weiterhin all ihre Energie dafür einsetzen, die Hitze wenigstens etwas erträglicher zu machen und den Klimawandel gleichzeitig einzudämmen. Bei einer Gemeinderatsexkursion nach Barcelona im September 2023 habe man gesehen, dass dort viele Straßenzüge komplett mit Bäumen begrünt seien, sodass man sich unter dem Blätterdach im kühleren Schatten habe bewegen können. Dies sollte als Anregung für Stuttgart dienen, wo es massive Hitzehotspots gebe. Künftig müssten viele Flächen entsiegelt werden. In den Haushaltsberatungen sei einiges beschlossen worden, so werde etwa das Klimawandel-Anpassungskonzept (KLIMAKS) ausgeweitet. Große Verantwortung trage auch das Garten-, Friedhofs- und Forstamt, hier sei das jährliche Budget für Grünanlagen und Gießwägen erhöht worden. Weiter seien zusätzliche Baumpflege und das Sofortprogramm Hitzeschutz beschlossen worden, man habe neue Stellen geschaffen und am Bismarckplatz in Richtung eines Schwammstadtkonzeptes umgeplant. Dennoch gehe dies den Bürger*innen zu langsam. Er hoffe, dass mit den beschlossenen Mitteln in den nächsten Jahren ein sichtbarer Fortschritt erreicht werde.

StR Sakkaros (CDU) lobt die Arbeit und Projekte der Verwaltung. Für ihn stelle das KAnG nichts Neues dar, in Stuttgart arbeite man mit dem KLIMAKS.

Die Datenlage zeige, so StRin Schanbacher (SPD), dass der Wunsch der Menschen und das Bedürfnis mit Zahlen und Fakten hinterlegt sei. Sie seien auch bereit, für die Klimaanpassung Geld in die Hand zu nehmen. Von Städten wie Barcelona könne Stuttgart bzw. der Stuttgarter Gemeinderat lernen. Trotz aller Kritik an der Bundesgesetzgebung sei es wichtig, dass das Thema deutschlandweit in Angriff genommen werde. Für die Umsetzung brauche man messbare Ziele, um den jeweiligen Sachstand festzustellen. Sehr wichtig - sowohl für die Bevölkerung als auch für die Stadtverwaltung - sei das digitale Tool, das die Hitzehotspots sichtbar mache. Erstmals enthalten sei der Fokus auf vulnerable Gruppen. So könnten manche sich eben nur Wohnraum im Dachgeschoss an einer großen Straße leisten und seien deshalb von der Hitze deutlich stärker betroffen. Dies müsse in die Quartiersentwicklung einfließen. Sie äußert den Wunsch, dass die Top 10 Hotspots herausgegriffen und in ihrer Infrastruktur in Bezug auf sommerliche Hitze verbessert werden. Dies sollte in den nächsten Sitzungen des Ausschusses thematisiert werden. Unverständlich sei ihr, dass manche Waldgebiete teilweise als Hitze-Hotspots ausgewiesen würden, z. B. die Wangener Höhe.

StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist darauf hin, dass beim Klimaanpassungsgesetz der Bund in der Pflicht sei. Er müsse die notwendigen Mittel bereitstellen. Zu den präsentierten Daten merkt er an, in einer +3-Grad-Welt sei es fast unmöglich zu überleben. Deshalb müsse jetzt das Mögliche getan werden, um zu verhindern, dass es noch heißer werde. Das 1,5-Grad-Ziel sei ohnehin schon passé.

Letzterem schließt sich StR Ozasek (PULS) an. Die Ökosystemgrenzen verschöben sich auf dramatische Weise, und mit Glück und größten Anstrengungen könne als Obergrenze ein 2-Grad-Ziel erreicht werden. Man steuere auf eine +3-Grad-Welt und mehr zu, mit den Effekten, dass sich die kontinentalen Landmassen doppelt so stark

erwärmten, und dies abhängig von der topografischen Lage und den lokalen Bedingungen noch viel stärker wirke, wie z. B. in Stuttgart, das zur heißesten Großstadt Deutschlands werde. Viel zu lang sei viel zu wenig getan worden. Das vielfach gelobte Bundes-Klimaanpassungsgesetz halte er für eine symbolpolitische Nullnummer, weil es keinerlei Rechtsfolgen nach sich ziehe, ähnlich wie § 1 BauGB. Vorsorgende Klimaanpassung müsse betrieben werden, hierfür habe PULS eine Planstelle beantragt. Trotz der über die Jahre entstandenen Vorleistung bestehe ein Defizit in der Umsetzung. Deshalb brauche man umsetzungsorientierte, durch Maßnahmen gestützte Fahrpläne. Nach vielen Jahren seien endlich Stellen für den Hitzeaktionsplan geschaffen worden. Im Hinblick auf einen resilienten Wasserhaushalt gelte es zu bedenken, dass man in Deutschland jährlich das Frischwasservolumen des Bodensees verliere. Hier müsse man gegensteuern, was mit der Wasserstrategie und der Stärkung des Schwammstadtansatzes und entsprechenden Planstellen geschehen sei. ISAP werde fortgesetzt, was er angesichts der immensen Risikoexposition sehr begrüße. Für die verwundbaren Räume brauche man Strategien für mehr Resilienz. Als großen Fehler habe sich herausgestellt, dass man die Multifunktionalität der Plätze vor die Klimaanpassungsagenda gestellt habe. Beispielhaft erwähnt er die sonnenexponierten Südfassaden auf dem Marktplatz, bei denen sich der Gemeinderat gegen ein Bauband entschieden habe, damit Veranstalter die Plätze ungestört nutzen könnten. Stuttgart brauche eine Strategie, einen Großteil der Flächen naturbasiert zu beschatten, wie es in Barcelona gemacht werde. Insbesondere von den vitalen großkronigen Bäumen brauche man mehr, denn sie seien entscheidend für das Bioklima. Explizit betont er, die Baumschutzsatzung müsse auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden. Rechnerisch gebe es keinen Zuwachs an Straßenbäumen. Im Hinblick auf die Thermalkarten merkt er an, es gebe zu viele versiegelte und sonnenenergieabsorbierende Flächen. Diese Baumassen fungierten als Wärmespeicher und strahlten die Energie nachts in die Umgebung ab. Paris mache vor, wie es besser gehe: Der "Boulevard Périphérique" solle schrittweise umgestaltet werden zu einem großen grünen Band um die Kernstadt herum. Dies sollte man auch in Bezug auf den City-Ring in Stuttgart realisieren, wenn es endlich gelinge, den Autoverkehr zu halbieren.

In großen Teilen stimme er seinem Vorredner zu, erklärt StR Dr. Oechsner (FDP). Er teile jedoch nicht dessen immer wieder negative Stimmung. Ein Problem könne man negativ oder positiv angehen. Sofortige Straßensperrungen seien nicht im Sinne des Bürgers, also gehe man es langsam an. Doch wenn man viel Zeit damit verbringe, Strategien zu entwerfen und Gesetze zu erlassen, ohne dass Geld fließe, sei dies verlorene Zeit. Dann wäre es besser gewesen, wenn man z. B. einen Baum gepflanzt hätte. Erkenntnisse - wie etwa die thermischen Karten - seien sehr wichtig und dienten als Handwerkszeug. Doch auch seiner persönlichen Beobachtung zufolge werde es im Sommer wärmer als früher. Hier gelte es zu handeln. Mit Blick auf den Bund ergänzt er, grundsätzlich sei ein Gesetz, das nicht mit Geld hinterlegt sei, nichts wert.

Auch StR Köhler (AfD) räumt ein, dass es im Sommer wärmer werde. Das Klima sei keine statische Größe, und das bestreite ja auch niemand im Raum. Seinem Eindruck nach herrsche in der Bevölkerung grundsätzlich nicht so große Furcht wie im Gemeinderat. Unabhängig davon stehe er mit nicht ganz so großer Ehrfurcht vor den Ergebnissen von Klimatologen, denn die Geschichte sei ja gepflastert mit wissenschaftlichen Irrtümern.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist darauf hin, dass ein globaler Anstieg von 3 Grad Celsius einen weit höheren Anstieg in der Innen-

stadt bedeute. Die Verdrängungsmechanismen der Gesellschaft funktionierten ausgezeichnet: In Umfragen sähen 70 % der Leute den menschengemachten Klimawandel als Problem, während nur 10 % bereit seien, daraus Konsequenzen für ihr persönliches Handeln zu ziehen.

Herr Kapp führt die Hotspots betreffend aus, in der folgenden Woche solle in einem Termin mit dem Stadtplanungsamt die Frage der Plätze und der Platzgestaltung erörtert werden. Zu gegebener Zeit werde darüber im Ausschuss berichtet. Manche Oberflächen entzögen sich der angewandten Methodik durch ihr Strahlungsverhalten im Infrarotbereich. Bei Waldgebieten seien die Baumkronen warm, und zwar am Tag und in der Nacht. Doch gebe es von der Krone bis zum Boden eine Temperaturschichtung: je weiter unten, desto kühler. Gewässer hätten relativ konstante Temperaturen, die am Tag vergleichsweise niedrig, nachts dafür relativ hoch seien. Die Darstellung der +3-Grad-Welt solle aufzeigen, wie wichtig Klimaschutz sei. Nicht geeignet sei sie als Szenario für Anpassung.

StRin Ciblis (90/GRÜNE) ergänzt, Stuttgart habe sich verpflichtet, zur altersfreundlichen Stadt zu werden. Die Hitze mache besonders den Älteren zu schaffen. Sie begrüßt, dass man die vulnerablen Gruppen hier im Blick habe, und regt an, Cool-Spots in der Innenstadt auszuschildern, digital und mit Flyern. Eine solche Maßnahme verfolge man im Rahmen des Hitzeaktionsplans, bestätigt Herr Kapp. Die digitale Version sei schon sehr fortgeschritten. Die Anregung, Flyer auszulegen, nehme er mit.

Abschließend stellt BM Pätzold Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / th

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat T
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand